

Die neuen »Mitte-Links«-Regierungen in Lateinamerika

Dieter Boris

Seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts hat in Lateinamerika ein neuer politischer Pulsschlag eingesetzt, welcher nunmehr durch seine Vervielfältigung unüberhörbar geworden ist. Die dort in den letzten 13 Monaten (bis Ende 2006) abgehaltenen 12 Präsidentschaftswahlen haben zwar keineswegs nur linke oder »Mitte-Links«-Kandidaten siegen lassen, dennoch aber das politische Spektrum insgesamt weiter nach links verschoben. Dies wird nicht nur durch die großen Wahlsiege von Lula (Brasilien) und Chávez (Venezuela) und einige andere Fälle dokumentiert, sondern auch dadurch angezeigt, dass z. B. in Mexiko und Costa Rica die konservativen (für eindeutige neoliberale Kontinuität stehende) Kandidaten nur mit einem Vorsprung in der Höhe eines Bruchteils von einem Prozent die Ziellinie überschreiten konnten.¹ Nicht wenige Beobachter sprechen schon seit einiger Zeit von einem »Linkstrend« oder neuen »Mitte-Links-Regierungen« (MLR), und die bisher sich abzeichnende Diskussion darüber weist noch viele Leerstellen auf. Natürlich werden häufig die Momente der Kontinuität und Diskontinuität zu den Vorgängerregierungen thematisiert, und vielfach wird gefragt, auf welche Möglichkeiten und Grenzen der Politikveränderung diese neuen Regimes treffen. Im folgenden Beitrag, der u. a. ein Zwischenresümee der bisherigen Debatten ziehen will, sollen u. a. folgende Aspekte berührt werden: nach der Thematisierung der gemeinsamen Charakteristika dieser neuen Regierungen (1) sollen Probleme der Entstehung und sozialen Basis (2) sowie die ökonomischen und politischen Hauptzüge ihrer bisherigen Regierungstätigkeit umrissen werden (3). Schließlich soll abschließend ein notwendigerweise spekulativ bleibender Blick in die nähere Zukunft gewagt werden und mögliche Entwicklungsszenarien zur Diskussion gestellt werden (4).

1. Gemeinsame Charakteristika

Die neuen MLR sind in ihrer Herkunft, ihrem Profil und ihrer Orientierung relativ unterschiedlich, wenn man die Regierungen von Venezuela, Brasilien, Uruguay, Argentinien und Bolivien vor dem geistigen Auge Revue passieren lässt. Dennoch scheinen sie einige Gemeinsamkeiten aufzuweisen, wobei naturgemäß bei manchen eher auf »Mitte«, bei anderen eher auf »links« der Akzent zu setzen wäre. Gemeinsame Charakteristika können in folgenden Momenten gesehen werden:

a) Die Mitte-Links-Regierungen weisen allesamt eine – geringere oder größere – Distanz gegenüber einem ungebremsen und staatlich kaum gezügelten Neoliberalismus auf.

b) Dem entspricht eine gewisse Wiederaufwertung des Staates, nachdem die Vorgängerregierungen versucht hatten, ihn und seine Funktionen auf ein Minimum zu reduzieren. Allerdings bedeutet dies in der Mehrheit der Fälle nicht, dass im großen Stil Wiederverstaatlichungen vorgenommen wurden (obwohl es dies in einigen

Punkten auch gegeben hat), sondern dass die staatlichen Regulierungen privater Unternehmen, das »Re-Embedment« gewissermaßen breiter und enger geknüpft wurde.

c) Damit geht meistens eine deutlichere staatliche Wirtschaftspolitik einher, die teilweise keynesianische Züge trägt, d. h. eine aktive Geld-, Kredit- und Währungspolitik, die unter den vorangegangenen Regimes mit einer Bindung der eigenen Währung an eine sogenannte »Anker-Währung« nicht möglich gewesen wäre.

d) Eine teilweise bewusst herbeigeführte Politik der Nachfragesteigerung, nicht selten verbunden mit einer breiten Sozialpolitik bzw. Armutsbekämpfungspolitik.

e) Eine auf nationale Souveränität pochende Außenpolitik, die im Außenwirtschaftsbereich gelegentlich auch vor herben Maßnahmen gegenüber ausländischen Gläubigern oder Direktinvestoren nicht zurückschreckt.

f) Damit zusammenhängend streben diese Regierungen neue regionale Bündnisse und/oder Integrationsprojekte an, oder versuchen die vorherigen Integrationsmodelle mit neuen Inhalten zu füllen.

g) Ein weiteres Element der MLR kann darin gesehen werden, dass sie alternativen Wirtschaftsprojekten (solidarische Ökonomie-Sektoren, besetzte Betriebe etc.) einen gewissen Spielraum konzедieren.

h) Schließlich – und keineswegs zuletzt – haben die meisten neuen MLR ein besonderes (teilweise enges) Verhältnis zu sozialen Bewegungen, die nicht selten die Regierungswechsel aktiv und maßgeblich unterstützt hatten. Folglich sind neue Experimente von partizipativer Demokratie, die Einrichtung verfassungsgebender Versammlungen bei einigen MLR zu beobachten.

2. Entstehung und soziale Basis der Mitte-Links-Regierungen

Wie schon angedeutet, speist sich der Impetus hin zu neuen MLR im wesentlichen aus zwei Hauptquellen. Zum einen handelt es sich um die wachsende Unzufriedenheit mit den Ergebnissen des Demokratisierungsprozesses nach den Militärdiktaturen. Zum anderen – nicht minder gravierend – um eine tiefe Enttäuschung über die Resultate der sogenannten ökonomischen Reformen, sprich: die Umsetzung des Katalogs neoliberaler Maßnahmen. Beides, die politischen und ökonomischen Reformen, waren von großen Hoffnungen und Erwartungen begleitet worden. Allerdings machte sich in doppelter Hinsicht ein immer deutlicheres Unbehagen darüber breit, dass die Parteien, die Parlamente, die Exekutiven an den Wünschen großer Bevölkerungsteile zunehmend »vorbeiregierten«. Der demokratische Aufbruch blieb in den meisten Ländern aus, und die traditionellen Parteien verloren zunehmend den Kontakt zur sozialen Basis. Klientelistische, korrupte, paternalistische Politikmuster, die zudem ohne jegliche programmatische Zielstellung in pragmatischer Weise jeweils die Forderungen interner und externer neoliberaler Eliten umzusetzen trachteten, wurden mit dem Terminus »governabilidad« (Regierungsfähigkeit) geadelt; dieser auf Einhaltung institutioneller Regeln der formalen Demokratie stolze Ausdruck ließ jedoch schnell vergessen, dass wachsende Bevölkerungsteile sich nicht oder nicht mehr repräsentiert fühlten. Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass der gesamte Regierungsapparat in der Regel ineffizient, bürgerfern oder sogar bürgerfeindlich, ja teilweise auf kriminelle Art und Weise funktionierte. Nicht zufällig erhalten in fast allen Meinungsumfragen seit Jahren in der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder neben den Parteien und den Exekutiven vor allem die Verwaltung/ Bürokratie, das Justizwesen, die Polizei etc.

die geringsten – häufig minimalen – Zustimmungswerte. Nicht-Partizipation und wachsende persönliche Unsicherheit sind zweifellos die zentralen Elemente der nun allenthalben festgestellten »Krise der Repräsentation« gewesen (z. B. zuletzt Mainwaring, 2006: 13ff).

Nicht minder desaströs waren in den meisten Fällen die Ergebnisse der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Insbesondere die seit Mitte der 1990er Jahre wieder geringeren und teilweise sogar negativen Wachstumsraten, die sich häufenden Finanzkrisen (vor allem Mexiko 1994/95 und deren Auswirkungen auf den Subkontinent, Brasilien 1999; Argentinien 2001) ließen die vergleichsweise großen Hoffnungen und Erwartungen gegenüber dem neoliberalen Modell als deplaziert oder zumindestens voreilig erscheinen. Vor allem aber der Anstieg der Arbeitslosigkeit während der 1990er Jahre in den meisten Ländern sowie die damit einhergehende Tendenz zur Ausweitung prekärer und informeller Arbeitsverhältnisse, die in vielen Ländern stagnierende und hohe, teilweise sogar im Laufe von langen Krisenperioden (wie in Argentinien und Uruguay) ansteigenden Armutsquoten ließen manche Illusionen über die zunächst vielfach angenommenen »Wunderwirkungen« eines neoliberalen, exportorientierten Modells zerplatzen (Boris, 2001; Sangmeister, 2003). Vielleicht abgesehen vom Sonderfall Chile konnten wohl nirgendwo in Lateinamerika eine neoliberale Hegemonie, d. h. eine positive und breite Akzeptanz der neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erreicht werden. Gerade in diesem Klima eines wachsenden anti-neoliberalen Protests, auch verschiedener Protestwellen gegen weitere Privatisierungen (Tittor, 2005) konnte die Linke auch dann Fortschritte machen und in Wahlkämpfen Zugewinne erwarten, auch wenn sie mit keinen klaren und durchdachten Alternativen aufwarten konnte.

Neben den knapp angedeuteten Frustrationserscheinungen mit den politischen Vertretungsmechanismen auf »hoher Ebene« der Politik und den überwiegend ernüchternden Resultaten neoliberaler Wirtschaftspolitik waren es auch andere Faktoren bzw. Mechanismen, die zum Aufschwung der Linken während der 90er Jahre beitrugen. Zum einen waren die in Demokratisierungsprozessen sowie als Dezentralisierung von Politik in neoliberalen Konzepten gedachte Aufwertung von kommunalen Institutionen und demokratischen Prozessen (teilweise auch auf einzelstaatlicher und Provinzebene) ein Einfallstor für die Reorganisation linker Parteien und Kräfte, zum Teil auch sozialer Bewegungen. Die Mobilisierungsmöglichkeiten, die Zugangschancen zu Ämtern und die örtliche Kompetenz nicht weniger Repräsentanten linker Politik führte sie zu Bürgermeisterämtern, auch in großen Städten oder sogar in den Hauptstädten. Die von linken politischen Repräsentanten geführte Verwaltung beispielsweise von Mexiko-Stadt während der 1990er Jahre, von São Paulo, Caracas, Montevideo, Porto Alegre und vieler anderer – mit all den neuen Elementen der Politik, die häufig mit diesen Kräften einhergingen und von diesen eingeführt wurden (z. B. der berühmte Bürgerhaushalt in Porto Alegre), führte zu einer Konsolidierung der linken Parteipolitik auch schon in dieser Phase neoliberaler Vorherrschaft. Dies machte zweifellos Eindruck auf wachsende Wählerschichten; die Übernahme von Ämtern auf regionaler und einzelstaatlicher Ebene in einer späteren Phase kann zweifellos als Vorstufe und Lernprozess für die dann seit Ende der 1990er und Anfang der Dekade im neuen Jahrhundert konstatierten Wahlsiege der Linken auf nationaler Ebene gedeutet werden (Chavez, Daniel/ Benjamin Goldfrank, 2004; Campbell, Tim, 2003).

Die Tatsache schließlich, dass die Linke sich seit der Periode der Militärdiktaturen, d. h. nicht zuletzt während des Redemokratisierungsprozesses sowohl in taktischen wie in strategischen Aspekten ihrer Politik gewandelt hatte (viele sehen eine grundlegende Moderierung oder eine Art »Sozialdemokratisierung« linker Parteien wirken, z. B. J. Castañeda, 2006) und die durch politische Pakte im Übergangsprozess verringerten Spielräume politischen Handelns linker Gruppierungen wirkten sich paradoxerweise zweifellos mittelfristig positiv für die Wählbarkeit linker Parteien und ihrer Repräsentanten aus (Cleary, 2006). Ohne soziale Mobilisierung, die teilweise auf frühere Organisationen und Strukturen der städtischen Arbeiterbewegung und/oder von Stadtteilbewegungen zurückgreifen konnte, wären die Revitalisierungsprozesse der Linken allerdings sehr erschwert gewesen; bloße wirtschaftliche Misserfolge der herrschenden neoliberalen Regimes und die allzu bekannte, erhebliche soziale Ungleichheit in Lateinamerika allein wären kaum ausreichend gewesen, einen Terraingewinn der Linken zu begründen (ebd.: 37f).

Ein weiteres, häufig übersehenes Moment, das auf ökonomische und politische Tendenzen nicht zu reduzieren ist, scheint das Aufkommen und Profil der MLR miterklären zu können: die sozialstrukturellen und bewusstseinsmäßigen Veränderungen in Teilen der (überwiegend lohnabhängigen) Mittelschichten. Die Verkleinerung, Pauperisierung und Polarisierung der Mittelschichten in Argentinien z. B. ist von verschiedenen Soziologen analysiert worden. Alle betonen die große, gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Bruchs mit der typischen »Mittelschichtsgesellschaft«, die die leitenden Werte der Gesellschaft vorgab (Fortschritt, Aufstieg, Kontinuität) – all dies wurde durch Ausbildung, berufliche Qualifikation, Fleiß und Beständigkeit als möglich und erreichbar angesehen. Seit den 1980er Jahren spätestens ist dieses Modell ins Wanken geraten und in der großen Krise 2001/02 völlig zusammengebrochen. Die abgesunkenen Teile der Mittelschichten, die sogenannten »neuen Armen« sind eine hybride und heterogene Schicht. Sie stehen den mittleren Sektoren der Gesellschaft nahe in verschiedenen Variablen, die langfristig wirksame, ökonomisch-kulturelle Aspekte betreffen, wie z. B. das Bildungsniveau und die Familienzusammensetzung, andererseits aber sind sie den strukturell Armen hinsichtlich des Einkommensniveaus, der Unterbeschäftigung und der fehlenden sozialen Absicherung vergleichbar, also bezüglich kurzfristiger Variablen, die Ergebnis der ökonomischen Krise sind. Die »neue Armut« ist aber auch durch enorme Polarisierung und Heterogenisierung der ohnehin schon sehr unterschiedlichen Mittelschichten gekennzeichnet. Die differierende Form der Verarbeitung der neuen Armut schließt komplizierte familiäre Entscheidungen z. B. darüber ein, ob die Kinder weiter auf kostenpflichtige private Schulen geschickt werden können, dafür aber ein Umzug in ein bescheideneres Wohnviertel in Kauf zu nehmen ist, das Auto veräußert werden muss und/oder an der Gesundheitsversorgung gespart werden muss. Zum zweiten werden die verarmten Mittelschichten durch Einsatz ihres sozialen und kulturellen Kapitals versuchen, bestimmte Dienstleistungen zu erhalten bzw. andere Herabstufungen und Entbehrungen zu vermeiden, z. B. den Gang zum Fürsorgeamt. Grundsätzlich gehen die Abstiegserfahrungen mit dem politischen Aufbegehren gegen die vormals herrschenden politischen Kräfte und Diskurse einher, denen die Verantwortung für die rapide Abwärtsmobilität zugeschrieben wird. Nicht zuletzt die politischen Wendungen der argentinischen Mittelschichten in jüngster Zeit sowie auch deren phasenspezifisch recht unterschiedliches Verhalten in anderen Gesellschaften Latein-

amerikas kann die Frage provozieren, in welchem Maße gerade dieses Segment der Sozialstruktur für markante Kurswechsel in der Politik verantwortlich ist. Konkreter könnte die Hypothese formuliert werden, dass letztlich nur durch Umschwenken eines relevanten Teils der Mittelschichten ein Mitte-Links-Wende bzw. eine Abkehr von neoliberalen Konzepten (auch durch Wahlprozesse sichtbar gemacht) erklärt werden kann. Die Schwächung des herrschenden Teils der Bourgeoisie allein bzw. die Veränderungen der Kräfteverhältnisse innerhalb der einzelnen Fraktionen des Kapitals scheinen keine ausreichende Begründung hierfür zu liefern; aber auch nicht ein relevanter Meinungswechsel innerhalb der Unterschichten kann als ausschlaggebender Faktor für einen derartigen Politikwechsel angesehen werden. Im Übrigen würde selbst eine größere Geschlossenheit des Wahlverhaltens der Unterschichten allein nicht für die plausible Erklärung entsprechender hoher Wahlsiege von MLR ausreichen. Diese Vermutung oder Hypothese könnte für die Fälle Argentiniens, Boliviens, Brasiliens und Uruguays im Einzelnen – nicht zuletzt durch sozialstrukturell fundierte Wahlanalysen – überprüft werden.² Der gradualistische, pragmatische und uneinheitliche Charakter der Abkehr neoliberaler Maximen würde ebenfalls für diese These sprechen. Einerseits hing und hängt das jeweilige politische Verhalten der Mehrheit der Mittelschichten mit politischen Konjunkturen und Bedrohungssituationen, ökonomischen Prosperitätsphasen etc. zusammen; andererseits spielt die Art des Akkumulationsmodells und die darin beschlossenen Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg oder entsprechenden Abstieg bzw. zu einer Verarmungstendenz eine wesentliche Rolle für die langfristige Veränderung der sozialen Lage dieses gesellschaftlichen Segments; dies wiederum könnte entsprechende (dauerhafte) Modifikationen im politischen Verhalten der entsprechenden Mittelschichtsegmente hervorgerufen haben.

3. Zwischenresultate der Mitte-Links-Regierungen

Nicht wenige Beobachter gehen davon aus, dass die Etablierung einer Reihe von MLR keineswegs zufällig und singulär war, sondern dass dies eher einen breiten und dauerhaften Trend signalisiert (Cleary, 2006). Wenn man die Regierung der chilenischen Concertación unter R. Lagos und M. Bachelet und die brasilianischen Regierung unter Lula als gemäßigte MLR gelten lässt, so kann in beiden Fällen bereits von einer zweiten Regierungsperiode gesprochen werden.

Eine knappe und tentative Regierungsbilanz dieser Regierungen hat davon auszugehen, dass die schon erwähnte Verschiedenheit natürlich auch differierende Ergebnisse in der Regierungstätigkeit erwarten lässt, die Schwerpunkte derselben unterschiedlich waren und entsprechend auch die Kriterien der Beurteilung nicht völlig einheitlich sein können.

Da die meisten lateinamerikanischen Länder nach der Schwächeperiode zwischen 2000 und 2002 seit 2003/04 einen konjunkturellen Höhenflug erleben³, wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr, ist es schwierig, diesen Erfolg eindeutig bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahmen dieser oder jener Regierung zuzurechnen. Sicherlich hat in erster Linie die günstige Konjunktur der Weltwirtschaft, insbesondere die Preishausse für viele Rohstoffgüter (nicht zuletzt infolge der chinesischen Nachfrage) den lateinamerikanischen Wirtschaften einen starken Wachstumsimpuls verliehen. Die hohe Kontinuität im finanzpolitischen Bereich (Haushaltsüberschüsse, relativ hohes Zinsniveau, Exportförderung etc.) hat zweifellos in zweiter Linie – im Kontext

der vorhandenen Rahmenbedingungen – einen positiven Einfluss auf das Wachstum und die Kapitalzufuhr ausgeübt. Aber auch die staatlich beeinflusste Wechselkurspolitik, die keine starke Aufwertung (in den meisten Fällen) zuließ, sowie die gezielte Ausgaben- und Lohnpolitik seitens des Staates (z. B. Minimallohnerhöhungen) haben zur Stabilisierung und Ausweitung der internen Nachfrage sicherlich beigetragen. Die Politik der Schuldenreduktion (vorzeitige Rückzahlung von Krediten an den IWF – im Falle Argentiniens, Brasiliens und Uruguays) trug sicherlich dazu bei, die Freiheitsgrade in der Wirtschaftspolitik im Prinzip zu erhöhen, wenngleich dieser Schritt von sozialpolitischer Warte aus natürlich kontrovers beurteilt werden kann (vgl. zur argentinischen Diskussion: Boris/Tittor, 2006). Durch die Fortsetzung der positiven Entwicklung der Handels- bzw. Leistungsbilanzen, die bedeutende Erhöhung der Devisenreserven, die Verringerung und Umstrukturierung der Außenschulden konnte die extreme Verletzlichkeit der lateinamerikanischen Ökonomien gegenüber internationalen Finanzströmen und externen Schocks deutlich vermindert werden (CEPAL, 2006: 88).

Gegenüber den Kontinuitätsmomenten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen die neuen Akzentsetzungen in der Sozial- und Armutsbekämpfungspolitik zwar als vergleichsweise sekundär relevant (und in gewisser Weise als vom ersten wirtschaftspolitischen Komplex abhängig) eingestuft werden, dennoch waren sie für die Belebung der Binnennachfrage, den Rückgang der offenen Arbeitslosigkeit und die Reduktion der Armutsquote in verschiedenen Ländern Lateinamerikas von erheblicher und wachsender Bedeutung zum Beispiel gegenüber der Exportnachfrage. Die Zunahme der Erwerbsquote auf fast 60% ging mit einer deutlichen Zunahme der formellen, abhängigen Beschäftigung in den meisten Ländern (und einer Stagnation des informellen Sektors bzw. der »Arbeit auf eigene Rechnung«) einher (CEPAL, 2006: 73f), was bislang nicht immer eine wesentliche »Qualitätsverbesserung« der Jobs bedeutete; erst im abgelaufenen Jahr 2006 »übersetzte« sich der langanhaltende Aufschwung in der Mehrzahl der Länder in eine – erstmals seit 1997 registrierte – Reallohnerhöhung, die über 2% lag (ebd.: 75).

In Brasilien beispielsweise ist genau diese möglicherweise als widersprüchlich erscheinende Konstellation vor allem in den beiden letzten Regierungsjahren der Lula-Administration eingetreten. So werden in einer aktuellen Studie der Lula'schen Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht nur die Kontinuitäten zur neoliberalen Finanzpolitik, sondern auch die Unterschiede in anderen Bereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich hervorgehoben: »Die Regierung Lula definierte die Rolle des Staates anders und setzte eine aktive und expansive Politik durch, entgegen neoliberaler Vorstellungen und den Forderungen der Unternehmensverbände. Die Arbeitslosenunterstützung und die Beschäftigungsprogramme wurden finanziell und inhaltlich ausgedehnt. Die Regierung blieb ihrer Zielsetzung treu, reduzierte die Informalität und förderte die Entstehung neuer Beschäftigungsverhältnisse im formalen Sektor.« (Weil, 2006: 54). Als Schwerpunkt der Lula'schen Sozialpolitik kann das sofort mit Regierungsbeginn gestartete »fome zero«-Programm (Null-Hunger-Programm) gewertet werden. Trotz einiger Vorläuferelemente kann dieses in seiner Quantität und Qualität als klare Innovation der MLR in Brasilien angesehen werden. Die zentralen »Achsen« dieses Programms: a) Nahrungsmittelhilfe/ Ernährungsaufklärung, b) Einkommensverteilung und c) regionale Entwicklung sowie auch die häufig übersehenen Begleitprogramme zur Versorgung mit Elektrizität auf dem Lande (besondere Programme

für Behinderte und Alte), Brunnenbohrinitiativen usw. haben eine nachhaltige Wirkung gerade bei den ärmsten Bevölkerungssegmenten hervorgerufen. Gegenwärtig werden ca. 11 Mio. Haushalte Brasiliens (über 40 Mio. Menschen bzw. fast ein Viertel der brasilianischen Bevölkerung) erstmals von diesen verschiedenen Programmen systematisch erfasst und die Eigeninitiative der Adressaten wird damit keineswegs stillgestellt. Die sich wechselseitig stimulierenden Elemente der einzelnen Programme (worunter auch Initiativen für die Verbesserung der Ausbildung von armen Kindern, »bolsa escola«, sowie zur Verbesserung des Gesundheitswesens gehören) entfalten durchaus auch regionale und wirtschaftspolitische Implikationen, die häufig gegenüber den Anlaufschwierigkeiten und durchaus vorhandenen Schwächen dieser Programme übersehen werden. Trotz des z. B. im Vergleich mehrfach höheren Schulden- und Tilgungsdienst Brasiliens kleinen Volumen von ca. 2 bis 3 Mrd. US Dollar für solche sozialpolitische Ausgaben hat diese Dimension der Politik, wie insgesamt die Dynamisierung dieser Außen- und Binnenwirtschaft dazu beigetragen, dass entsprechend neuerer Studien von Brasilien die extreme Einkommensungleichheit in diesem Land während der Lula-Regierungsperiode sich leicht zurückgebildet haben und auch seit 2004 der Anteil der Armen rückläufig war. Da diese positive Weiterentwicklung für die Jahre 2005 und 2006 – trotz noch nicht vorhandener Zahlen darüber – für wahrscheinlich gehalten werden kann, muss davon ausgegangen werden, dass sowohl bezüglich der Einkommensungleichheit wie bezüglich der Reduktion der Armutsquote weitere Verbesserungen inzwischen eingetreten sind. »Beide Faktoren (Sozialprogramme und die Entwicklung der Erwerbslöhne, [D. B.]) erlebten in den Jahren 2005 und 2006 eine positive Entwicklung. Die Sozialprogramme wurden massiv ausgeweitet. Der Mindestlohn und die Reallöhne konnten weitere Zuwächse verzeichnen. Durch die aktive Lohn- und Beschäftigungspolitik der Regierung und eine innovative Sozialpolitik wurde die soziale Entwicklung Brasiliens vorangetrieben. Es ist auch für die Jahre 2005 und 2006 mit einer Reduzierung der Armut zu rechnen, die dem positiven Maßstab des Jahres 2004 entspricht.« (Weil, 2006: 100).

Ähnliche Auswirkungen einer neuen Sozialpolitik und Armutsbekämpfungspolitik sind – trotz unterschiedlicher Modi und Formen der Umsetzung – auch in Venezuela zu konstatieren (Azzellini, 2006: 129f). Zweifellos haben gerade diese Elemente der innovativen und intensiven Sozialpolitik zu ähnlich hohen Wiederwahlergebnissen von Lula (fast 62% im zweiten Wahlgang) und von Chávez (63%) beigetragen.

Zur angemessenen Beurteilung der Potenziale und Perspektiven der MLR wären die neuen außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Akzentsetzungen sowie regionale Integrationsprojekte zu überprüfen. Man gewinnt den Eindruck, dass die defensiv eingesetzten Energien vor allem zur (erfolgreichen) Abwehr einer gesamtlateinamerikanischen Freihandelszone unter der Vorherrschaft der USA, ALCA (oder FTAA) sowie in der konfliktiven Unterbrechung der Verhandlungen zwischen dem Mercosur und der EU wie auch der Infragestellung und Bekämpfung bilateraler Freihandelsabkommen einzelner lateinamerikanischer Länder mit den USA bislang im Vordergrund standen. Die Andengemeinschaft bzw. der Andenpakt (Cooperación Andina) ist durch den Abschluss bilateraler Handelsabkommen seitens Perus und Kolumbiens mit den USA massiv gestört worden und hat schon zum Austritt von Venezuela geführt, möglicherweise folgen diesem Land bald Ecuador und Bolivien nach. Der Mercosur befindet sich in einem Transformationsprozess, der einerseits durch erhöhte interne Schwierigkeiten zwischen einzelnen Mitgliedsländern und andererseits

durch die Neuaufnahme Venezuelas und die Diskussion um eine Neuausrichtung gekennzeichnet ist. Noch ist es fraglich, ob und inwieweit die neuen auf die gesamte Region und den regionalen Binnenmarkt bezogenen Projekte (wie z. B. ALBA) und das Gas- und Erdölprojekt zwischen Venezuela, Brasilien, Argentinien und Bolivien sich weiterentwickeln wird. ALBA (Alternativa Bolivariana para América Latina y Caribe) basiert auf der Schaffung von Kooperationsmechanismen, welche einen Ausgleich der existierenden Asymmetrien zwischen Ländern und Regionen innerhalb dieser erlauben sollen, das Ziel ist es, einen Konsens zu bilden und Integrationsabkommen aus der Perspektive der endogenen nationalen und regionalen Entwicklung neu zu denken. »In Richtung ALBA sind zwischen Venezuela, Brasilien, Argentinien sowie Uruguay auch andere bilaterale Abkommen in strategischen Sektoren geschlossen worden. Sie fördern meistens die Kooperation zwischen staatlichen Firmen bei Infrastruktur- und Energieprojekten, aber auch in den Bereichen Gesundheit, Tourismus und Telekommunikation. 2005 wurde der zwischenstaatliche lateinamerikanische Fernsehsender Telesur gestartet. Im Sinne der »Rückkehr zur lateinamerikanischen Identität« will Telesur ausdrücklich Konkurrenz zu us-amerikanischen, europäischen und nationalen Privatsendern machen. Er soll mittels unabhängigen audiovisuellen Produktionen einen alternativen Raum öffnen, sowie Mediengenossenschaften und Mikrofirmen fördern. Vor allem soll der Sender den Lateinamerikanern ihre eigene Realität zeigen und konsequent alternative Nachrichten anbieten.« (García, 2006: 91). Sehr viele Veränderungen sind auf dem Feld der lateinamerikanischen Kooperationsabkommen und der regionalen Integrationsprojekte, aber auch hinsichtlich der bilateralen Zusammenarbeit lateinamerikanischer Länder mit außerlateinamerikanischer Staaten (China, Indien, arabischer Raum, afrikanische Länder etc.) in ersten Ansätzen zu konstatieren (vgl. hierzu z. B.: Schmalz, 2004: 17ff). Noch ist es zu früh, die Rückwirkungen dieser Tendenzen auf die ökonomischen und politischen Perspektiven der neuen MLR genauer abzuschätzen, deutlich wird aber – wie auch auf anderen Politikfeldern – dass die verstärkten Suchprozesse und die gesteigerte Experimentierfreudigkeit eine klare Absage an das bisher absolut dominante neoliberale Imperativ: »there is no alternative« (TINA-Prinzip) beinhalten.

Zweifellos wird mittel- und längerfristig die Frage einer tiefgreifenden Veränderung der ökonomischen und sozialen Strukturen eine zentrale Rolle spielen; der ressourcenbasierte Boom, wie er seit 2003 bis heute sich artikuliert, bringt ebenso viele Fallstricke wie die bloße Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung während der neoliberalen Ägide mit sich. Da die meisten lateinamerikanischen Ökonomien als »Mittelklasse-Kategorie weltweit weder Wettbewerbsvorteile in den Niedrigpreissegmenten standardisierter Massenprodukte, noch ... erfolgreich in den technologisch anspruchsvollen Marktsegmenten konkurrieren (können), die von den Industrieländern dominiert werden« (Sangmeister/Melchior del Rio, 2006: 187), ist Lateinamerika einerseits auf eine selektive Weltmarktintegration und andererseits auf verstärkte regionale Binnenmarktorientierung angewiesen. Viel wird für die Perspektiven auf mittlerer Sicht, gerade für die MLR, davon abhängen, entsprechende strategische Überlegungen und Planungen zu notwendigen und gezielten Strukturwandlungsprozessen vorzunehmen.

Die bisherigen Zwischenergebnisse der Regierungstätigkeit von MLR dürfen aber keineswegs nur nach den hier nur knapp gestreiften wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und außenwirtschaftlichen Politikfeldern, so zentral sie sind, beurteilt wer-

den. Die nicht minder großen Herausforderungen der MLR sind auf der Ebene der institutionellen Reformen, der Erhöhung der tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten großer Bevölkerungsteile sowie in der Etablierung oder Wiederherstellung einer demokratischen Öffentlichkeit (sogenannte Zivilgesellschaft), die von repräsentativen sozialen Bewegungen, Parteien und Verbänden konstituiert wird, zu sehen. Die mit dem Aufschwung der indigenen Bewegungen (teilweise zu Regierungsparteien) einhergehenden (besonders zugespitzten) Fragen kultureller Selbstbestimmung und eines neuen Selbstverständnisses in einer Weise zu regeln, dass dies mit einem (abstrakt erreichten) Stand universal gültiger Menschen-, Grund- und Bürgerrechte koexistieren kann, stellt zweifellos große Anforderungen an eine »Neugründung von Gesellschaft«. Nicht zufällig ist es, dass in einigen Ländern über die Einberufung einer »Verfassungsgebenden Versammlung« (in Venezuela schon 1999/2000, in Bolivien jetzt, in Ecuador und anderen Ländern vielleicht in naher Zukunft) Grundlagen für einen »neuen Gesellschaftsvertrag« gelegt werden sollen. In manchen Ländern (wie z. B. Argentinien, Uruguay) spielt die tiefgreifende und intensive Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen während der Periode der Militärdiktaturen möglicherweise eine funktional ähnliche, wenn auch nicht ganz so bedeutungsschwere Rolle wie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

4. Ausblick

Die Diskussion um neue »Mitte-Links-Regierungen« kreist um sehr viele Facetten dieses Phänomens: Definition (z. B. was heißt heute in Lateinamerika »links«?), innere Differenzierung zwischen den Ausprägungen der MLR, Herkunft und Entstehungsbedingungen, soziale Basis auf der Grundlage veränderter Sozialstruktur, Problematisierung des jeweiligen Politikstils (»linker Populismus«, »Petro-Populismus« etc.), Stabilität und Dauerhaftigkeit der neuen Entwicklungstendenz, Konsolidierung oder Destabilisierung von Demokratie, die mit diesem Phänomen verbunden sein könnte, zukünftige Spielräume von Wirtschaftspolitik und mittelfristige Perspektiven. Zu all diesen und anderen Aspekten werden – mehr oder minder begründet – entgegengesetzte oder zumindest unterschiedliche Positionen vertreten.

Viel wird von den weiteren Formen und Rhythmen der Weltmarktentwicklung abhängen und auch davon, ob die USA sich in absehbarer Frist wieder verstärkt Lateinamerika »zuwenden« können, bzw. in welcher Weise dies geschehen mag. Wenn auf diesen beiden Ebenen nicht tiefgreifende Um- und Einbrüche stattfinden, spricht Einiges dafür, dass die MLR – in der einen oder anderen Form – mittelfristig durchaus dauerhaft sein werden und sich wahrscheinlich noch ausbreiten werden, was vor allem mit den Misserfolgen eines de-institutionalisierten Neoliberalismus zu tun hat und auch damit, dass die MLR mit den immer deutlicheren Erwartungen großer Bevölkerungsteile nach ökonomischen Alternativen, nach Abbau von Ungleichheit und Armut und verstärkter politischer Partizipation mehr in Zusammenhang gebracht werden als andere politische oder parteipolitische Optionen; ganz zu schweigen von autoritären Varianten, die seit dem neuen politischen Pendelschlag und auch mit dem ökonomischen Aufschwung wieder deutlich rückläufig sind. Mit der Verbreitung und Verstetigung der Mitte-Links-Regierungen hat die Zustimmung zur politischen Demokratie in Lateinamerika wieder deutlich zugenommen (vgl. die neuesten Ergebnisse des Latinobarómetro aus dem Jahre 2006, in: *The Economist* v. 9. Dez. 2006, S. 55f).

Gegenüber zahlreichen Stimmen von zeitgenössischen Beobachtern dieser neuen Entwicklungstendenzen, welche häufig deren Bedeutung und Tiefe sehr relativieren (und sich dabei beruhigen – eher konservative und/oder rechtssozialdemokratische Positionen; oder sich aus einer eher »ultralinken« Erwartungshaltung darüber beklagen, dass die »Revolution« »verraten« wurde oder nicht schnell genug vorankomme) – gegenüber diesen in der Analyse koindizierenden und in der Bewertung entgegengesetzten Kommentaren scheint mir die kürzlich von den US-Lateinamerika-Spezialisten Mark Weisbrot geäußerte Einschätzung eher zuzutreffen: »Not all of these economic policies and experiments will succeed, but most importantly it appears very possible that Latin America's long quarter-century of economic failure will be reversed in the foreseeable future, and that its hundreds of millions of poor people will be among the main beneficiaries.« (Weisbrot, 2006: 2)

In einem am Jahresende 2006 erschienenen Zeitungskommentar fasst derselbe Autor nochmals zusammen, warum er den Einschnitt in die bisherige Entwicklung doch für tiefgreifender hält als manche Analytiker es wahrhaben wollen: »Die Regierungen Argentiniens und Venezuelas transformieren nicht nur ihre eigenen Länder, sondern auch die Region, weil sie die Kontrolle des IWF über die Kreditvergabe gebrochen haben. Noch vor wenigen Jahren wären einem Land, das IWF-Auflagen nicht einhält, nicht nur Kredite des Fonds selbst, sondern auch der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der G-7-Regierungen und des Privatsektors verweigert worden. Das war das US-Hauptinstrument zur Einflussnahme in der Region und spielte eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung der Wirtschaftsreformen der letzten 25 Jahre: höhere Zinssätze, engere Haushalte, Privatisierung, unkontrollierte Liberalisierung internationaler Handels- und Kapitalströme und die Aufgabe von Entwicklungsstrategien. Für Argentinien, Bolivien, Ecuador und andere Länder bietet Venezuela heute Kredite ohne wirtschaftspolitische Bedingungen. Die Auflösung des IWF-Kreditkartells ist die wichtigste Veränderung im internationalen Finanzsystem seit dem Zusammenbruch des »Bretton-Woods«-Systems festgelegter Wechselkurse im Jahre 1973. Nun können auch arme Länder wie Bolivien Millionen von Dollar zusätzlicher Einnahmen aus Rohstoffen wie Erdgas ziehen – und sie dazu benutzen, ihre eigenen Vorschläge für die Armen der Region in die Tat umzusetzen. ... Lateinamerika hat ganz klar einen Kurswechsel zu einer neuen Wirtschaftspolitik vollzogen – wie es scheint mit überwiegend positiven Ergebnissen.« (Weisbrot in: taz v. 28. 12. 2006: 4)

Dies ist zugleich zweifellos eine neue Ausgangsbasis für linke Strömungen – soziale Bewegungen, Parteien, intellektuelle Zirkel und Milieus, die eine Sucharbeit nach oder die Vertiefung von anti-neoliberalen Alternativen wesentlich erleichtert. Ob diese verbesserten Bedingungen wirklich entsprechend genutzt werden, oder ob z. B. durch die Fortdauer von Cliquen- und Sektenkämpfen oder durch riskante »Alles oder nichts«-Va-banque-Spiele frühzeitig Gefährdungen eintreten, wird erst die nahe Zukunft zeigen. Regressionen gegenüber dem Erreichten sind ebenso möglich wie eine Festigung und Vertiefung des aktuell vorherrschenden Linkstrends.

Literatur

- Azzellini, Dario (2006) *Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts*. Köln
- Boris, Dieter (2001) *Zur politischen Ökonomie Lateinamerikas. Der Kontinent in der Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts*. Hamburg
- Boris, Dieter/ Anne Tittor (2006) *Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen*. Hamburg
- Campbell, Tim (2003) *The quiet revolution. Decentralization and the rise of the political participation in Latin American cities*. Pittsburgh
- Castañeda, Jorge G. (2006) *Latin America's Left Turn*, in: *Foreign Affairs*, May/ June
- Chavez, Daniel/Benjamin Goldfrank (Hg.) (2004) *The Left in the city. Participatory local governments in Latin America*. London
- Clarey, Matthew R. (2006) *Explaining the left's resurgence*, in: *Journal of Democracy*, Vol. 17, No. 4 (oct.), S. 35-49
- Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL) (2006) *Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2006*. Santiago
- García, Ana (2006) *Es gibt Alternativen zur ALCA. ALBA und warum der ALCA-Prozess gestoppt wurden*, in: *PROKLA*, 36. Jg., Nr. 1, H. 142, S. 81-94
- Mainwaring, Scott (2006) *The crisis of representation in the Andes*, in: *Journal of Democracy*, Vol. 17, No. 3 (july), S. 13-27
- Quiroga, Yesko (2006) *Bolivien: Revolution in der Demokratie?*, in: *Lateinamerika Analysen* 14, Nr. 2, S. 71-111
- Sangmeister, Hartmut (2003) *Lateinamerikas Volkswirtschaften im Prozess der Globalisierung. Chancen, Risiken und Nebenwirkungen*, in: Mols, Manfred/Rainer Oehlschläger (Hg.) (2003) *Lateinamerika in der Globalisierung*. Frankfurt/M., S. 61-80
- Sangmeister, Hartmut/Amaranta Melchor del Río (2006) *Lateinamerika in der neuen internationalen Arbeitsteilung: Chancen und Risiken*, in: *Lateinamerika-Analysen* 14, Nr. 2, S. 3-36
- Schamis, Hector E. (2006) *Populism, socialism, and democratic institutions*, in: *Journal of Democracy*, Vol. 17, No. 4 (oct.), S. 20-34
- Schmalz, Stefan (2004) *Neue politische Allianzen auf der Südhalbkugel. Von der neoliberalen Konterrevolution zum Wiedererwachen der Peripherie?*, in: *Z.*, 15. Jg., Nr. 59, Sept., S. 17-34
- Tittor, Anne (2005) *Soziale Kämpfe gegen Privatisierung in Lateinamerika*, in: Boris, D./ St. Schmalz/ A. Tittor (Hg.) *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie?* Hamburg, S. 40-68
- Touraine, Alain (2006) *Entre Bachelet y Morales; Existe una izquierda en América Latina?*, in: *Nueva Sociedad*, 205, Sept./ Okt. 2006, S. 46-55
- Weil, Matthias (2006) *Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung Lula in Brasilien. Neoliberale Kontinuität oder Neuanfang?*, unveröff. Diplomarbeit in Politikwissenschaft, Universität Marburg
- Weisbrot, Mark (2006) *Latin America: The End of an Era*, in: *International Journal of Health Services*, Vol. 36, No. 4 (<http://www.cepr.net>)
- Weisbrot, Mark (2006) *Millionen für die Armen*. In: *taz* v. 28. 12. 2006, S. 4

Anmerkungen

- 1 Zu den ideologisch-politischen Unterschieden der Regierungen im gegenwärtigen Lateinamerika (»Zwischen Monroísmo und Bolívarismo«) siehe die Bemerkungen von G. Drekonja-Kornat: *Das Ende Lateinamerikas*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 11/ 2006, S. 1373ff.
- 2 Dies wird von einigen Autoren bzw. in Interviews summarisch angedeutet: »Allerdings war es nicht nur die Überzeugung oder das Vertrauen darauf, dass Morales oder der MAS am besten dafür geeignet seien, die wichtigsten Probleme des Landes zu lösen, sondern eher umgekehrt die Enttäuschung mit den Resultaten des Systems der letzten zehn Jahre, die, verbunden mit einer Abkehr von den radikalsten Positionen, Morales schließlich auch für die städtische Mittelschicht wählbar machte.« (Quiroga, 2006: 91)

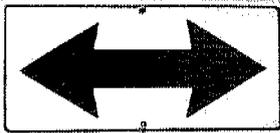
Spiegel: »Werden die Indianer von den Weißen besser behandelt, seit Sie an der Macht sind?« Morales: »Das ist viel besser geworden. Die Mittelschicht, Intellektuelle und Freiberufler sind jetzt stolz auf ihre indianischen Wurzeln. Leider sehen uns einige oligarchische Gruppen weiter als minderwertig an.« (Interview mit Evo Morales, in: Spiegel, Nr. 35, 2006: 113).

Auch Präsident Lula (Brasilien) hat vor der Stichwahl insbesondere die Mittelschichten seines Landes umworben: »Brasil ha asistado en los últimos años al nacimiento de una nueva clase media con alto espíritu emprendedor, una clase media moderna con ganas de crecer y producir. En caso de ser reeligado, voy a dirigir una atención muy especial a este sector.« (El País v. 28. Oct. 2006).

- 3 Seit 2003 registrierte Lateinamerika insgesamt ein jährliches Wachstum des BIP von über 5% oder nahe an 5%. Damit ist auch das Pro-Kopf-Einkommen in den letzten vier Jahren um ca. 12% gestiegen (CEPAL, 2006: 3ff, 57).

Wo Menschen Wissenschaft nützlich machen wollen.
Wo Wissenschaft sich auf sich selber anwendet.
Wo sie Verschwiegenes benennt, Handlungsmöglichkeiten diskutiert.
Wo sie nützlich wird, kritisiert, eingreift –
– da ist FORUM WISSENSCHAFT. Das kritische Wissenschaftsmagazin.

Jedes Vierteljahr. Immer politisch. Immer mit einem aktuellen Themenschwerpunkt. Aktuelle Ausgabe: Ganz naher Osten: Neue EU-Länder, Kandidaten, Debatten (1/2007, März)
Außerdem Beiträge zu: Hochschul-Akkreditierung • Wissenschaftlicher Geschlechterwettbewerb • Arbeiterbewegung und Prostitution • Gefühls-Vergangenheit in Filmen • Poulantzas: Politischer und theoretischer Grenzgänger • Frühe Analyse von Arbeitslosigkeit.
Immer kompetent. Immer mit anspruchsvoller Illustration.



FORUM WISSENSCHAFT Verlag
 Vertriebs- und Abonnement-Service: www.kurswechsel.at
 Heftpreis: € 4,90 (inkl. MwSt.)